

Der Schuhmacher

Nürnberg,
Dienstag, den 8. September 1931

Ersteinst
Sachlich am Dienstag

Postsendungen
aus Nürnberg zu richten an:
Der Schuhmacher, Nürnberg, 4. Markt.

Nr. 37 Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg
45. Jahrgang Zugleich Publikationsorgan der Zentralkranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Der Gewerkschaftskongreß in Frankfurt am Main

Der 14. Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde am 30. August eingeleitet durch eine Aienfaltung der Frankfurter freien Gewerkschaften im Fiedelbergpark, dem sich ein Zehntausender der Schichtarbeiterschaft, die zu dieser bedeutenden Versammlung von noch und fern herbeigekommen waren.

Vor den aufmarschierenden Massen der Frankfurter Arbeiterschaft und den Abordnungen der belhiesigen und belien volkswirtschaftlichen freien Gewerkschaften, hielt der Sekretär des Bundesvorstandes, Wilhelm Eggert, eine kurze, aber inhaltreiche, in der Sache laute Ansprache. Er betonte, daß der Gewerkschaftskongreß die Aufgabe zu erheben habe, die Arbeiterfrage gegen die schuldbeladenen Wirtschaftsführer des kapitalistischen Systems! Das durch die Krise entstandene Mißverhältnis zwischen Wirtschaftserzeugung und Konsumkraft ist innenpolitisch nicht zuletzt noch vergrößert worden durch die verhängnisvollen Vorkämpfer des Kapitalismus, die das Mißtrauen der Völker abträgt und besonders Frankreich und Deutschland einander näher bringt. Eggert erinnerte: Ein Wirtschaftssystem, das uns in diese Katastrophe geführt hat, ist reif, von der Welt abzuverwandeln.

Als Ehrenpräsident waren auf dem Kongreß erschienen Vertreter der verschiedenen Reichs- und Landesministerien, des Internationalen Arbeitsamts sowie der ausländischen Körperschaften. Zahlreiche Delegationen ausländischer Gewerkschaften zeigten von dem Interesse, das man dort unserer Tagung entgegenbringt.

Der Bundesvorstand des A.D.G.B., Theodor Leipart, der die Teilnehmer herzlich begrüßte, wies auf die volkswirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung hin. Früher verbannt, geächtet und unterdrückt, hat sich die Arbeiterklasse in ihren Organisationen eine wirksame Vertretung geschaffen, einen Platz in der Weltstellung erlangt.

Reichsarbeitsminister meinte, die Regierung nicht alles wahr machen konnte, was die Gewerkschaften fordern. Es müßte ein Umdenken gemacht werden gegenüber den Forderungen der Gewerkschaften und dem übertriebenen Antisemitismus anderer Kreise. Die Gewerkschaften hätten sich nicht bemüht, mit ihren Forderungen in den Rahmen des Möglichen zu bleiben und auch Wege der Vermittlung aufzusuchen. Es handelte sich hier um



Theodor Leipart

Wendenschiedliche; für die Regierung gälte es, die Arbeiterklasse nicht im Stiche zu lassen. Die Arbeiterklasse fordere, daß ihr Vordringlichstes die

Ziehung der Gewerkschaften der deutschen Arbeiterschaft über die unerschrocken gemachte einseitige Belastung der Massen durch die Reichsregierung kam erst ausführlich zum Ausdruck in dem Bericht des Bundesvorstandes und in der darauffolgenden Diskussion. Nicht nur Leute vom linken Flügel, sondern fast alle Redner hielten Beispiele auf, die durch die Reichsregierung geführt wurde, daß die Belastung eine arg lässliche Spannung geschaffen hat. Der Arbeiterschaft wurde vieles genommen und Ungutes aufgebauet, aber noch nicht einmal in der Arbeitsetzgebung ist ihnen ein Fortschritt zugestanden worden. Die Reichsregierungspolitik der Regierung habe die Grenze des Tragbaren längst überschritten. Die Sozialpolitik des Reichsarbeitsministeriums und die neue Haltung in der Frage der Allgemeinverbindlichkeit müßte zur Verhängung des Tarifstreiks führen. Die Abweisung von dem Prinzip des Arbeitsvertrages in der Arbeitslosenversicherung wisse als Antisozialismus gegen die Jugendlichen sowohl wie der verarbeiteten Frauen, wie auch der Heimarbeit. Die letzte Notverordnung müßte die letzte sein und bleiben. Die neuen Steuern, Reifesteuer, Ropfsteuer und Zugsollpolitik müßten die Arbeiter unermittelt belasten. Am schlimmsten müßte die angedrohte Lohnabbaupolitik. Die Ansicht des Ministers, etwa durch Niedrighaltung des Lohnniveaus den Auslandsabzug zu heben, finde ihre Grenze schon an entsetzlichen Gegenmaßnahmen der ausländischen Staaten. Man müßte zu der Einsicht kommen, daß man die arbeitenden Menschen in beiden Ländern nicht als Konkurrenz sehen darf, sondern als Brüder, die zusammenleben und über ein Programm zu beraten, das es endlich ermöglicht, daß nicht von Tag zu Tag die Arbeiterschaft mit immer neuem Gerede vom Lohnabbau beunruhigt wird.

Die Tarifpolitik verdrängte sich zur einseitigen Annahme der Arbeiter unter mitleidigen Umschlingung. Aus den Ausführungen Leiparts ist jedoch jenseits im Auszuge folgendes mitgeteilt. Der Bundesvorstand führte aus:

Das Ergebnis des Wiederaufbaus der Industrie nach der Stabilisierung ist, daß die Produktivität der Arbeit um 25 bis 30 Prozent gesteigert wurde, während die Zielsetzung der Reallohnne die auf etwa 10 Prozent beschränkt.

Wenn das Gleichgewicht der Wirtschaft von der Lohnseite her gestört werden ist, so nicht deswegen, weil die Gewerkschaften die Löhne in unangemessener Weise heraufgehoben haben, sondern weil die Arbeitgeber sich bei wirtschaftlich notwendigen Zielsetzung zurückhaltend verhielten, so daß die ausstrahlende Kraft hinter der Produktivität der Arbeit blieb. Ich will mit diesen Ausführungen die Bedeutung der tariflich erreichten Lohnsteigerung nicht herabsetzen, ich sage vielmehr, daß nach dem Stand der Tarifverträge und dank der Widerstandskraft der Gewerkschaften im Jahre 1930 der deutsche Binnenmarkt nicht in dem Maße ausgehöhlt wurde, wie dies der Fall gewesen wäre, wenn die Arbeitgeber die Löhne um ihrem Wunsch hätten freilegen können. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß ohne erfolgreiche Lohnbewegungen in den Jahren 1928 bis 1930 die Löhne an dem Tiefstand des Jahres 1924 geblieben wären, das

Arbeitslosen in Deutschland nicht 4 Millionen, sondern viel mehr, vielleicht doppelt so viel, gezahlt hätte.

Die Reichsregierung entschloß sich, den Unternehmern zu Hilfe zu kommen, indem sie die Parole der allgemeinen Lohnsenkung nunmehr in ihr eigenes Regierungsprogramm aufnahm und ihren heftigen Einfluß auf die staatlichen Zielsetzungsorgane gegen die Gewerkschaften einlegte. Das ist der schärfste Vorwurf, den wir der jetzigen Reichsregierung machen müssen. Grimmel weil dieser Einfluß in das Mißverhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern sich in der unangenehmen Weise einseitig gegen die Arbeiter richtete, zum anderen, weil er, statt der Wirtschaft zu dienen, die Arbeiterschaft erheblich behindert und die Arbeitsetzlichkeit in hohem Maße vermindert hat.

Dem Hamburger Bundestag dürfen wir als Kongreßarbeit eine Gewerkschaftsarbeit überreichen, die hoffnungsvoll den Weg zur Wirtschaft der Zukunft vorgezeichnet: das Ziel, die Wirtschaftsdemokratie. Dem Frankfurter Monarch müßten wir ein Zusammenwirken vorstellen, das sich mit dem Reiten des Angeblühens befaßt: das Ziel, das die „10 Stunden-Tag“ ist, im Hinblick auf die Wirtschaft die gleiche ehrende Anerkennung finden wird wie unsere damaligen Gedanken zur Wirtschaftsdemokratie.

Wir waren angewinen, die damals begonnenen Arbeiten zur praktischen Gestaltung der wirtschaftsdemokratischen Gedanken in den Dintergrund treten zu lassen. Die ersten Entwürfe für die Umgestaltung der Arbeit, der Staat und der Wirtschaftlichkeit haben zur Zeit in den Akten. Nur die früheren Richtlinien zur Kartell- und Monopolkontrolle konnten inzwischen in die Form eines Gesetzesentwurfes gefaßt werden.

Unsere Forderung nach paritätischer Arbeitsetzlichkeit der öffentlichen Beschäftigten ist durch die Besetzung der öffentlichen Beschäftigtenstellen in der Reichsregierung nicht einmal die erdreichliche Zweiteilnahme für das Jubiläum eines Gesetzes über die einheitlichen Arbeitsverhältnisse ratifiziert. Nur der Versuch der paritätischen Arbeitsetzlichkeit, in die Wandwirtschaftsämtern in Preußen Arbeitsetzlichkeit betreiben, hat sich nicht unter den vier Oppositionsparteien keine Mehrheit gefunden. Dagegen ist im Reich durch Erweiterung und Änderung der Gewerksordnung die Festlegung der Lohnverhältnisse in der Reichsregierung durch die Gewerkschaften, dem ihnen ist eine sehr weitgehende Einflußnahme insbesondere auf die gesetzliche Regelung des Vertragswesens und auf die Verwirklichung der Lohnverhältnisse in der Reichsregierung. Das in Vorbereitung befindliche Tarifabbaugesetz stellt auf diesem Gebiet alle Verbände vor neue erweiterte Aufgaben.

In diesem Falle muß es unsere Aufgabe sein, den wirtschaftsdemokratischen Gedanken auch weiterhin mit Ernst und Nachdruck zu verfolgen. Wir haben, der wirtschaftlichen Entwicklung folgende, vertritt, ihn auf Gebieten fruchtbar zu machen, die in jüngerer Zeit besonders erörtert werden, indem wir ausnahmslos die Forderungen der Arbeiterklasse in Form der weitestgehenden Sicherung der Kontrolle der Wirtschaft durch ein Bankengesetz ausarbeiten.

Aber die wirtschaftliche wie die politische Entwicklung war und ist den Gewerkschaften nicht anheim. Sie weiß die Wirtschaft an gemeinlichlicher Gesundheit, die nicht an dem Wohl des einzelnen Beschäftigten scheitert. Der Gedanke, die öffentliche Meinungslage wirtschaftlicher Unternehmungen auszubilden und durch staatliche anerkannte Wirtschaftsprüfer kontrollieren zu lassen, verdient seine Berücksichtigung, wenn nicht gar seine Einführung unter allen Umständen nach Zielsetzung und Durchführung der Wirtschaft. Schon aus diesem Grunde war an der Verhandlung über den Hanga-Klan an maßgebender Stelle beteiligt zu werden, zumal zwei Vertreter des Reichsverbandes der deutschen Industrie als deutsche Unterdeputierte nach Paris entsandt wurden. Die langen Verhandlungen erit gelang es uns, im Organisationsamt für die Reichsarbeit einen Sitz zu erhalten. Nach erlösender waren unsere Bemühungen, an der Gestaltung der Wirtschaftspolitik in den letzten Monaten tätig mitzugreifen. Hoffentlich glaubt die Regierung, auf die Forderung der wichtigsten und höchsten Stellen des deutschen Volkes von der Verantwortung am Wohl und Heile Deutschlands auszuhalten zu können. In der Wirtschaftspolitik ist es, ob die Regierung ohne und gar gegen die Arbeiterschaft zu reagieren gedenkt.

Überprüfen wir den Ablauf der drei letzten Jahre unter diesem Gesichtswinkel, so müßten wir, bei aller schmerzlichen Erinnerung an die Anfänge, kommen, daß die Vorkämpfer der Wirtschaft um harter auf die Schultern der Arbeiter abgemalt worden sind, je mehr wir uns dem Zeitpunkt der wirtschaftlichen Stabilisierung nähern. Ich erinnere an die Wirtschaftskrisen in der Sozialversicherung, ich erinnere nochmals an den Lohnabbau durch den staatlichen Zielsetzungsapparat, ich erinnere an das Tarifabbaugesetz, das die Wirtschaftsdemokratie in der Reichsregierung verdrängt worden ist. Auf der anderen Seite aber leben wir, wie eine Fülle von direkten und indirekten Beispielen und Beispielen zeigt, in einem Zustand, der wirtschaftlichen Entlohnungen und anderen Verhandlungen sich auf die übrigen Wirtschaftskreise

Geheine aber, als ob jetzt alle Welt darauf ausginge, die deutsche Arbeiterschaft wieder in den Zustand der absoluten Arbeitslosigkeit zurückzuwerfen.

Die Arbeiterschaft befaßt diesen Kurs als lächerlich. Es wird jetzt viel von der Not der Wirtschaft geredet, weniger aber von der Not und den Opfern der Arbeiterschaft. Der Kongreß werde prüfen, ob die Regierung ihre Pflicht gegenüber dem Volke, der Arbeiterschaft, in vollem Maße getan habe. Die kapitalistischen Wirtschaftsführer haben immer harter den Anspruch an ihren Gehilfen aufkommen lassen. Zur den gegenwärtigen Zustand führen die Gewerkschaften jede Mitverantwortung ab. Zur alte Glaube, daß der Arbeiterschaft noch schlimmeres bieten könne, daß sie sich alles gefallen lassen müßte, könnte sich eines Tages bitter rächen.

Zur Gewerkschaftsfrage hand in Hand hatten Kampfes um die Verteidigung des Reichs des Arbeiters. Schon der erste Verhandlungstag des Kongresses sollte klar heraus, was zur Zeit die schaffenden Massen aufreist und bewegt. Er leuchtete vorher in die brennenden Probleme des Tages hinein.

Von den Begrüßungsansprüchen hatte natürlich die Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Ziegenrath die größte Bedeutung zu beanspruchend. Der Reichsarbeitsminister besprach den jetzigen Zustand als die größte Krise seit den neposoniden Kriegen. Staat und Wirtschaft standen vor Aufgaben von gewaltiger Schwere. Zunächst lebte es noch an einer wirtschaftlichen Wende der Welt. Innenpolitisch fanden wir noch vor einem schmerzlichen Staat. Es gelte die Arbeitslosigkeit der Arbeiterschaft zu beseitigen. Die größte Sorge verurteilte das Arbeitslosenproblem. Die Aufgabe der nächsten Monate bestünde darin, wie bei harter Arbeit und Verdiensten die Wirtschaft aufrechtzuerhalten und die menschen ein langsame Arbeit geben werden könne. Die Arbeit der Zehntausenden, die Reparationsarbeiten zu formwirtschaftlichen, habe sich als Arbeitslosigkeit erweisen. Deutschland ließe vor der Aufgabe, seine Wirtschaft harter fortsetzen zu müssen.

An den Fragen der Sozialpolitik, des Tarifwesens, der Sozialversicherung, der Arbeitslosigkeit, der Arbeitslosigkeit wurde sich der Reichsarbeitsminister recht „diplomatisch“ aus. Das Verfahren gelandete wurde durch einen einseitigen Antisemitismus, der sich zu einem öffentlichen Scheitern auszumachen hat.

Zur ersten sozialpolitischen Moment gab es, als Ziegenrath Ziegenrath entgegen und behauptete, daß der Reichsarbeitsminister keine Erklärung abgeben könne, wo es in den verschiedenen Industrien in ähnlichem Tempo die 40-Stunden-Woche durchgesetzt werden könnte. In diesem Zusammenhang erwiderte laut der Sozialminister Ziegenrath: „Das hätte ich tun können“ (daran also nicht).

Leipart erklärte, er könne es nicht gelten lassen, daß, wie der

Die Verhütung von Gesundheitsschädigungen durch Anklöpfermaschinen*)

(Die Verhütung der Anklöpferkrankheit)

Auf Grund der Anregungen und Erörterungen betreffend die Erkrankungen von Arbeitern an Anklöpfermaschinen (vergl. u. a. den Aufsatz in Nr. 8 Jahrgang 1929 des „Schuhmacher“) hat sich der Deutsche Ausschuss der Schuhmacher (Vereinig. Schuhmacher) für die Verhütung von Gesundheitsschädigungen durch Anklöpfermaschinen in einer gemeinsamen Arbeit bereit gefunden, nach reiflichen Überlegungen und Besprechungen die folgenden Maßnahmen zu beschließen, die geeignet sind, die betreffenden Erkrankungen zu verhüten.

Der Deutsche Ausschuss setzt dazu einen besonderen Untersuchungsausschuss ein in dem neben den aus der Frage interessierten Fachkreisen u. a. die Reichsindustriellen-Verbandsorganisationen (Vereinig. Schuhmacher) und auch der Verband der deutschen Schuhmachereigenen Fabriken durch Vertreter beteiligt wird.

Das Ergebnis der mündlichen Erhebungen und Untersuchungen ist in dem Bericht des Untersuchungsausschusses (vergl. den Bericht des Deutschen Ausschusses der Schuhmacher) enthalten. Der Bericht des Untersuchungsausschusses ist in dem Bericht des Deutschen Ausschusses der Schuhmacher (vergl. den Bericht des Deutschen Ausschusses der Schuhmacher) enthalten.

Als leichter Gesichtsschutz wurden diejenigen Anklöpfer angesehen bei denen nur in der linken Handseite die bekannten Schutzvorrichtungen auftreten. Ihnen gegenübergestellt wurden als weniger gefährlich alle jene Anklöpfer, bei denen die beiden Handseiten mit einer gleichartigen Schutzvorrichtung versehen sind.

Die statistischen Untersuchungen ergaben zu dem Ergebnis, daß die Zahl und die Erkränklichkeit der Arbeiter mit dem Berufsjahre wächst. Bei den „Anklöpferkrankten“ (den vollständig mit Anklöpfermaschinen beschäftigten) ergab sich eine größere Gefahr der Erkrankung als bei den Anklöpfermaschinenlosen.

Unter den Anklöpfermaschinen waren 40 Mann ganz ohne Anklöpfer, 118 Arbeiter mit den Anklöpfermaschinen und 126 zu dem ersten Anklöpfer.

Bemerkenswert ist vor allem die Feststellung, daß jüngere Arbeiter mehr Neigung zeigen von den Anklöpfermaschinen fern zu bleiben. Frühere Anklöpferkrankungen treten um so später ein, je länger der Arbeiter bei der Anklöpfermaschine war.

Andere Krankheitserscheinungen die nebenbei auftreten, sind durchaus wichtig und von der persönlichen Berechnung abhängig. Es fällt darunter die allgemeine nervöse Anklöpferkrankheit. Diese Allgemeinbeschwerden werden durch die Anklöpferarbeit wohl ausgelöst, aber nicht unmittelbar verursacht.

Die statistischen Untersuchungen ergaben zu dem Ergebnis, daß die Zahl und die Erkränklichkeit der Arbeiter mit dem Berufsjahre wächst. Bei den „Anklöpferkrankten“ (den vollständig mit Anklöpfermaschinen beschäftigten) ergab sich eine größere Gefahr der Erkrankung als bei den Anklöpfermaschinenlosen.

Die statistischen Untersuchungen ergaben zu dem Ergebnis, daß die Zahl und die Erkränklichkeit der Arbeiter mit dem Berufsjahre wächst. Bei den „Anklöpferkrankten“ (den vollständig mit Anklöpfermaschinen beschäftigten) ergab sich eine größere Gefahr der Erkrankung als bei den Anklöpfermaschinenlosen.

Die statistischen Untersuchungen ergaben zu dem Ergebnis, daß die Zahl und die Erkränklichkeit der Arbeiter mit dem Berufsjahre wächst. Bei den „Anklöpferkrankten“ (den vollständig mit Anklöpfermaschinen beschäftigten) ergab sich eine größere Gefahr der Erkrankung als bei den Anklöpfermaschinenlosen.

Die statistischen Untersuchungen ergaben zu dem Ergebnis, daß die Zahl und die Erkränklichkeit der Arbeiter mit dem Berufsjahre wächst. Bei den „Anklöpferkrankten“ (den vollständig mit Anklöpfermaschinen beschäftigten) ergab sich eine größere Gefahr der Erkrankung als bei den Anklöpfermaschinenlosen.

Die statistischen Untersuchungen ergaben zu dem Ergebnis, daß die Zahl und die Erkränklichkeit der Arbeiter mit dem Berufsjahre wächst. Bei den „Anklöpferkrankten“ (den vollständig mit Anklöpfermaschinen beschäftigten) ergab sich eine größere Gefahr der Erkrankung als bei den Anklöpfermaschinenlosen.

werden sollte, wird wohl eine Einschränkung auf ausgedehntere Schichten zu geben sein, doch kann sehr wohl Überwindung einer Lebensgrenze für ein halbes Jahr oder länger in Frage kommen. Die Festhaltung des Lebens ist nicht schwierig, es werden alle Hände mit blauer, gestauter Hautfarbe zur Anerkennung gebracht werden können, bei denen ein möglicher Anklöpfer aus gesundheitlichen Gesichtspunkten mit demütigen Beschwerden führt. Als möglicher Anklöpfer genügt ein Arbeiter mit Leistungsausschlag durch 2-3 Minuten, meist wird die Krampfung schon früher auftreten. Neben der einfachen Anklöpfermaschine unheimlich noch die Proben auf weichen Thermographien ausgeführt werden, dessen Aussehen mindert das doppelte der normalen Zeit erheblich mehr, um als beweisend zu gelten.

Eingehende Ausführungen sind in der Schrift natürlich den Mitteln gewidmet, die zur Verhütung von Erkrankungen an Anklöpfermaschinen erforderlich sind. Nicht jeder, so sagt das medizinische Urteil, vermag die Arbeit des Anklöpfers auszuüben. „Mit einem Arbeitsverbot ist es bald nach Beginn der Anklöpferarbeit möglich geworden.“ Abgesehen von den ungenügenden Meinungen darf jedoch als schlichtend gelten, daß durch Maßnahmen, die unheimlich durchgeföhrt werden können, die Entstehung der Krankheit verhindert werden kann.

Als bedeutungsvolle Verhütungsmassnahme wird, wie gesagt, zunächst eine Berufsausschleife, genannt „Arbeiter-Ausschleife“ für notwendig gehalten. Arbeiter, die sich dem Berufsausschleife nicht freiwillig unterziehen, müssen frühzeitig nach Abhilfe streben. Einen guten Fingerzeig zur Beurteilung der Erkrankungsercheinung ergibt die Beobachtung, daß die Arbeiter, die frühzeitig auftraten, nach dem Arbeitsverbot auf andere Arbeit rascher schwanden als jene, die erst nach einem oder nach mehreren Jahren begonnen haben. Außerdem hat man beobachtet, daß der Anklöpferarbeit in jungen Männern im ersten Alter eher genossen wird, als jüngere. In dieser Beziehung erweist sich die Anordnung der Schuhmachereigenen Berufsausschleife, die für die genannte Berufsausschleife eine Altersgrenze von mindestens 12 Jahren vorschreibt, nicht unwichtig.

Der Bericht spricht die Empfehlung aus, man sollte als Eintrittsalter das 25. Lebensjahr bevorzugen. Keine oder nur leichte Erkrankungen zeigen sich in den (eineren) Betrieben, in welchen der Anklöpfer jeweils nur einen halben Tag oder noch kürzere Zeit Beschäftigung an der Maschine hat. Deponieren wird für die Betriebe, die noch ganzjährige Arbeit haben und in denen nicht für ausreichende technische Hilfsmittel gesorgt ist, die Forderung erhoben, daß Anklöpfer nicht mehr als 4 oder 5 Stunden täglich an der Maschine beschäftigt werden dürfen. Der Wechsel in der Arbeit sollte statt täglich auch mit längeren Zeiträumen zur Durchführung gelangen. Bei vorkommenden bedeutenden Krankheitserscheinungen muß die Anklöpferarbeit für mindestens etwa ein Vierteljahr ausgesetzt werden. Ein Wechsel der Arbeit - so empfiehlt es der Bericht - könne so erfolgen, daß jeder Anklöpfer nur halbtägig arbeitet, bei voller Ausnutzung einer Maschine also zwei Anklöpfer vorhanden sein müssen. Eine andere Form kann in wöchentlichem Wechsel bestehen, man kann wohl auch einen vierteljährlichen Turnus einführen, doch ist der kürzerfristige Wechsel offenbar vorzuziehen. Je länger hintereinander die Anklöpferarbeit ausgeübt wird, desto härter wird die Übererregbarkeit der Gefäß-

nerven annehmen sein, je härter aber die Übererregbarkeit geworden ist, desto mehr Zeit ist erforderlich, um wieder normale Erregbarkeit herzustellen. Die Maschinenindustrie hat Vorrichtungen gebaut, die weitgehend von den Erkrankungen bewahren und deren Verhütung dringend zu empfehlen ist. Wo sie noch fehlen, wird der Arbeitsschutz durch unentbehrliche Verhütungsmittel sein.

Ein bemerkenswertes Wort wird auch auf die Arbeiter selbst gerichtet. Man hat festgestellt, daß es bei der Anklöpferarbeit auf mehr oder weniger ausgeprägte Gesichtspunkte ankommt. Zahl der Gewohnung und Erfahrung ist es, bei der Arbeit nicht zu viel rohe Kraft anzuwenden, sondern die kräftigste Anpassung der Körper und Atemmuskulatur nach Möglichkeit zu vermeiden. Durch solches Hinlegen des ganzen Körpers konnten die Verhütungsmittel verteilt und gemindert werden.

In den Schlußkapiteln wendet sich die Untersuchung den technischen Verhütungsmitteln zu, die in der Verbesserung der maschinellen Einrichtungen bestehen. Vor allem ist selbstverständlich jederzeit volle Anhandlung der Maschine, Abhilfe bei Abnutzung und sonstigen Veränderungen erforderlich. Wichtig ist, daß die vorstehende Arbeit (Schuharbeit) schon mit besserer Sorgfalt ausgeführt ist. Teilweise ist auch in Fabriken, insbesondere im Max Man Betrieb das Anklöpfen schon erheblich geworden (nach Einführung der neueren Verfahrensmaschinen), allerdings im allgemeinen nur in Großbetrieben. Eingehende Beschreibung findet die (in diesen) Spalten schon erwähnte, auf der internationalen Konferenz zum ersten Male gezeigte neue „Möbius“ Anklöpfermaschine, die automatisch arbeitet und somit dem Arbeiter die schädigenden Belastungen abnimmt. Die Erprobung der Maschine und Erfahrungen über qualitative und quantitative Leistungen wurden in Schluß vorliegen. Auch die neue Anklöpfermaschine der Firma Klopff & Zink in Gertitz, die nach Angabe der Hersteller in mehreren Fabriken zur Zufriedenheit der Arbeiter arbeitet, findet Erwähnung. Ausreichende Erfahrungen zu einer objektiven Beurteilung dieses Systems liegen, wie angeführt wird, noch nicht vor.

Die einfache Vorrichtung eines Auflagebügels, die sich neuerdings an manchen Maschinenstellen findet, wird nicht besonders günstig beurteilt, sowohl eben immer noch der Schuh feindlich vom Bügel bis an den Hammer herausgeführt werden muß. Demgegenüber kennzeichnen sich die patentierte Saltevorrichtung, Hersteller Firma Adrian & Zink in Bielefeld bei Kaufmann, A. W. als brauchbares Hilfsmittel. Die Saltevorrichtung, bei der die Salte des Schuhs durch Federkraft aufgedrückt werden, hat unter anderem den Vorzug, auf jeder der bisher gebräuchlichen Maschinen angebracht werden zu können.

Die Anklöpferkrankheit charakterisiert sich hauptsächlich als eine Berufskrankheit. Die gleiche Krankheit ist bei Hausarbeit beobachtet worden, die mittels Berufsausschleife Beparbeiten an Schuh auszuführen.

Die deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hat sich mit dieser Schrift das große Verdienst erworben, ein Gefahrengebiet in der Schuhindustrie, die Produktion, einer eingehenden wissenschaftlichen Untersuchung zugänglich zu machen. Die Abhandlung gibt den interessierten Kreisen und Behörden wertvolle Anregungen. Dem Arbeiter selbst bietet sie wichtige Aufschlüsse. Er kann aus ihr die notwendigen Erkenntnisse schöpfen, was er zu seiner Gesunderhaltung zu beachten hat.

Arbeitslosenhilfe, Versailles-Vertrag und Weitrüsten

Ein Aufruf des „Daily Herald“.

Zur Regierungskritik und dem Kabinettwechsel in England bringt das Organ der Arbeiterpartei, „Daily Herald“ (24. August) einen groß angelegten Aufruf, dem wir die folgenden Stellen entnehmen:

„Es war unermittelbar, daß der entschlossene und sorglich durchgeführte Plan, die Regierung zur Beschäftigung der Arbeitslosenunterstützung zu zwingen, zu den Auswirkungen führte, über die wir heute berichten. Dieser Vorstoß, wir haben es immer und immer wieder gesagt, ist selbstmörderisch. In dem man die Arbeitslosen und den Arbeitern Geldmittel entzieht, verfehlt man die Sache und erhöht die Arbeitslosigkeit.“

„Was sollen die Finanzministerialisten nicht trennen von vorhergehenden Dingen, die mit dem Vertrag von Versailles ihren Anfang nahmen. Von dem Augenblick an, als dieser fortwährende Frieden aufgesetzt wurde, erhoben sich warnende Stimmen in der Arbeiterbewegung, doch die Warnenden wurden von manchen verpöndelt, die für die heutige Situation verantwortlich sind.“

„Es wurde vorausgesetzt, daß die Reparationen großen Schaden verursachen werden, daß die letzten Endes abgelehnt werden, daß die Reparationen zu einem neuen Weltkrieg führen würden.“ (Im Original geperkt.)

Die Ereignisse bestätigen die Voraussage. In der ganzen Welt beginnt man einzusehen, daß die Welt nicht zu normalen Bedingungen zurückkehrt, ehe die internationalen Beziehungen gelichtet sind.“

Auch die Reparationen muß kommen. In diesem Lande hat man jetzt jährlich 95 Millionen Pfund Sterling (1,9 Milliarden Reichsmark) für militärische Zwecke ausbezahlt. Diejenigen, die diese Ausgaben befristeten und sie noch erhöhen möchten, haben als erste, England sei es arm, um seinen Leuten, Beamten, Pöplisten ein anständiges Gehalt zu bezahlen, den Kindern einen ordentlichen Schulunterricht zu bieten und die Arbeitslosen in einem Zustande zu erhalten, der ihnen die Aussicht ins Erwerbsleben ermöglicht, wenn die Zeit gekommen ist.“

England ist noch nicht abgewirtschaftet; aber die Lösung der Arbeitslosenfrage liegt nicht auf der Linie der Verarmung der Massen durch drastische Einschnitte in die Erwerbslosenunterstützung, wobei Zugriffe auf die Löhne und Abkürzung der sozialen Leistungen.“

Deutscher Professoren-„Geist“

Was für ein „Geist“ auf Deutschlands hohen Schulen herrscht, zeigt uns Professor Dr. Schreiber von der Kaiser-Wilhelms-Schule. Er schreibt in der Zeitschrift „Technik und Kultur“, daß der Auslandsarbeiter von sich aus für die Kultur so gut wie nichts gelernt habe. Nur die fordernde Weitearbeit habe die Befreiung der Verdienste des Volkes ermöglicht, während die Auslandsarbeiter an dieser Befreiung keinen Teil hätten. Der Lohn müßte daher so verteilt werden, daß der Auslandsarbeiter nur gerade leben könne. Der Auslandsarbeiter hat auf Grund seiner Muskelkraft nur Anspruch auf eine Lebenshaltung, wie sie die ersten Menschen auf der Welt, also die Urväter, kennen mußten. Das, was man heute für eine Lebenshaltung bietet ist, verdammt die Wissenschaft als Unrecht, wenn man sie nicht dem Lohn des Volkes anrechnet. Für ihn ist der Auslandsarbeiter eine Art Sklave. Der deutsche Arbeiter muß froh sein, wenn der Auslandsarbeiter die deutsche professionellen Hinterlassenschaft nicht erben könnte.

Abgesehen davon, daß das halbjährliche Deutsch dieses Professorens aus hervorragende Geisteskräfte nicht fähig sein läßt, fragt man sich, wie es möglich ist, daß solche Professorens an dem vom Reichlichen Staat unterhaltenen Technischen Hochschulen heute noch unterrichten. Es sollte doch wohl Mittel und Wege geben, die Verhältnisse der Hochschulen von solchen, die hunderte von Jugendlichen zu fähigen, wenn solche Unflut der Jugend beibringt, dann braucht man sich über die hochzeitige Haltung der Akademiker gegenüber den Arbeitern nicht zu wundern. Dieser Professor ist tüchtig, wenn er einmal auf ein paar Jahre in die Arbeit oder in eine Fabrik gehen würde. Dort würde er erfahren, daß der Auslandsarbeiter heute auf Grund der technischen Umwälzung kein weicht mehr anhängen muß, wie mancher Professor, der sich zu den „Geistesarbeitern“ rechnet.

* Schriften aus dem Gesamtverzeichnis der Gewerkschaften, Heft 35: Berlin 1931, Verlag von Julius Springer, Preis 2,50 Mark.

